Zeitschrift: Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz

Band: 25/1911 (1913)

Artikel: Verfassungsbestimmungen, allgemeine Unterrichtsbestimmungen und Spezialgesetze

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-20638

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

An Teilnehmer

der Zentralkurse . . . . . Fr. 10.—
„ Oberturnerkurse und der Kurse für volkstümliche Übungen . . „ 4.—
„ Turnlehrer-, Kreis- und Männerturnkurse . . . . . „ 3.—

Leiter und Teilnehmer haben außerdem Anspruch auf Reisevergütung und zwar bei Reisen auf der Eisenbahn für das Billet III. Klasse, auf dem Dampfschiff für das Billet II. Klasse. Bei mehrtägigen Kursen erhalten sie ein Nachtgeld von Fr. 2, sofern sie nicht am Kursorte selbst oder in dessen Nähe wohnen. Für die Entlassungstage, sowie für die Unterkunft in Kasernen wird kein Nachtgeld bezahlt.

Den Leitern von Turnlehrer-, Zentral- und Oberturnerkursen, sowie von Kursen für volkstümliche Übungen können für Vorbereitungen und Berichterstattung weitere Taggelder von der Abteilung für Infanterie bewilligt werden.

15. Die Entschädigungen der Leiter und Teilnehmer der Kurse für Leiter des turnerischen Vorunterrichts berechnen sich nach dem Regulativ für die vom Bunde zu leistenden Entschädigungen an das Leitungs- und Lehrpersonal des militärischen Vorunterrichts[1]).

16. Für die Inspektoren gelten die gleichen Ansätze wie für die Leiter der von ihnen inspizierten Kurse.

D. Rechnungswesen und Berichterstattung.

17. Die Kosten der Kurse und Inspektionen trägt der Bund.

18. Nach Genehmigung der verlangten Vorlagen und Vorschläge leistet die eidgenössische Staatskasse die nötigen Vorschüsse für die Durchführung der Kurse. Bezügliche Begehren sind, vom Präsidenten visiert, an die Abteilung für Infanterie zu richten.

19. Berichte und Rechnungen der Kurse sind der Abteilung für Infanterie einzusenden, Überschüsse der Rechnung an die eidgenössische Staatskasse abzuliefern. Es hat dies spätestens vier Wochen nach Schluß des letzten Kurses zu geschehen. Für die Kurse, deren Durchführung dem eidgenössischen Turnverein übertragen ist (Art. 11), wird die Frist bis Ende des Jahres erstreckt.

Kantonale und andere Unterverbände rechnen mit ihrem Zentralverband ab, dem auch die Berichterstattung obliegt.

20. Das Reglement tritt sofort in Kraft.

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen.

I. Verfassungsbestimmungen, allgemeine Unterrichts- und Spezialgesetze.

1. 1. Schulgesetz für den Kanton Basellandschaft. (Vom 8. Mai 1911.) (Angenommen in der Volksabstimmung vom 9. Juli 1911.)

Der Landrat des Kantons Basellandschaft beschließt als Gesetz, was folgt.

I. Schulpflicht.

Alle im Kanton wohnenden Kinder, welche vor dem 1. Mai eines Jahres das sechste Altersjahr zurücklegen, werden auf Beginn des neuen Schuljahres,

[1]) (Zu Ziffer 15):
Nach Ziffer 2 dieses Regulativs erhalten die Leiter von Instruktorenkursen Fr. 1.50 für die Unterrichtsstunde, somit ein Taggeld von Fr. 12, die Teilnehmer ein Taggeld von Fr. 3 (Unteroffiziere und Vorturner) oder Fr. 4 (Offiziere und Oberturner). Dazu die militärische Reiseentschädigung.
Für Übernachten müßten nach Ziffer 1*c* des Regulativs je Fr. 2 berechnet werden

den die Erziehungsdirektion jeweilen durch öffentliche Bekanntmachung gegen Ende April festsetzen wird, schulpflichtig.

Ein früherer Eintritt ist nicht gestattet. Dagegen steht den Schulpflegen das Recht zu, den Schuleintritt beziehungsweise den Beginn der Schulpflicht je um ein Jahr zu verschieben in Fällen, wo entweder die Eltern es verlangen, oder ein Kind wegen Kränklichkeit oder ungenügender Entwicklung dem Unterrichte, ohne Sehaden zu nehmen, nicht zu folgen vermöchte. Gegen die daherigen Entscheide kann an die Erziehungsdirektion rekurriert werden.

§ 2. Die Schulpflicht dauert acht Jahre; die fortbildungsschulpflichtigen Knaben müssen überdies während der vorgeschriebenen Zeit (§ 27 eventuell § 28) die Fortbildungsschule besuchen.

Diejenigen Schüler, welche nach Zurücklegung des achten Schuljahres aus der Schule auszutreten wünschen, werden durch die Schulpflege auf den 1. April entlassen; sie sollen aber der Jahresprüfung noch beiwohnen, sofern diese nach dem 1. April stattfindet.

Die Ferien, welche auf den Sommer, Herbst, Jahreswechsel und Schluß des Schuljahres zu verlegen sind, und die Schuleinstellungen bei besondern Anlässen dürfen im ganzen bis 11 Wochen betragen.

§ 3. Ohne dringende Ursache dürfen die Schüler (Schülerinnen) während ihrer ganzen Schulzeit den Unterricht nicht versäumen. Eltern, Pflegeeltern oder Arbeitgeber sind für die Versäumnisse verantwortlich.

Als Entschuldigungsgründe werden angesehen: *a.* Krankheit des Schülers; — *b.* Todesfall oder schwere Krankheit in der Familie; — *c.* weiter Schulweg bei sehr ungünstiger Witterung; — *d.* andere triftige Gründe, die jeweilen besonders anzugeben sind.

§ 4. Über den Schulbesuch hat der Lehrer (Lehrerin) eine Tabelle zu führen und darin sowohl die entschuldigten als die unentschuldigten Versäumnisse der Schüler eigenhändig zu verzeichnen.

Aus diesen Tabellen hat der Lehrer (Lehrerin) am Schlusse jeden Monats einen Auszug der Versäumnisse anzufertigen und mit den anderweitig erforderlichen statistischen Angaben längstens auf den fünften Tag des folgenden Monats der Erziehungsdirektion einzureichen. Wenn strafbare Absenzen zur Verzeigung kommen, ist vom Absender vorerst das Visum des Schulpflegepräsidenten oder dessen Stellvertreters einzuholen.

Als eine Versäumnis wird berechnet, wenn ein Schüler den Unterricht in der Primar- oder Sekundar- oder Bezirksschule während eines halben Tages, in der Fortbildungsschule während zwei Stunden versäumt. Eine Verspätung von über eine halbe Stunde wird für einen Fortbildungsschüler ebenfalls als eine Versäumnis berechnet.

Beim Wechsel des Wohnortes hat das schulpflichtige Kind nach dem Eintritt in die neue Gemeinde innerhalb drei Tagen die entsprechende Schule zu besuchen. Überschreitungen dieser Frist gelten als unentschuldigte Versäumnisse.

§ 5. Innert drei Tagen nach vorgefallener Schulversäumnis ist die Entschuldigung mündlich oder schriftlich seitens der Eltern, Pflegeeltern oder Arbeitgeber beim Lehrer anzubringen. Wer dies unterläßt oder nicht im Sinne von Absatz 2 des § 3 triftige Entschuldigungsgründe vorbringen kann, verfällt für die dritte und jede weitere Versäumnis desselben Monats in eine Buße von je 50 Cts.

Fortbildungsschüler werden für jede unentschuldigte Absenz mit je 50 Cts. gebüßt. Auf Antrag der zuständigen Schulpflege können die Versäumnisbußen für den zweiten Monat des Kurses auf Fr. 1, für den dritten und vierten auf Fr. 2 erhöht werden.

Vergleiche auch § 66, Absatz 2 und 3.

§ 6. Die Bußen werden von der Erziehungsdirektion ausgesprochen. Sie läßt die Strafbefehle den Gebüßten durch die Post zustellen.

Gegen einen Strafbefehl kann innert fünf Tagen, von der Zustellung an gerechnet, an das Polizeigericht rekurriert werden. Dieses hat die Erziehungs-

direktion vom Eingang des Rekurses sofort zu benachrichtigen, den Fall in seiner nächsten Sitzung zu behandeln und den Entscheid, welcher ein endgültiger ist, der Erziehungsdirektion mitzuteilen.

Sowohl in den Strafbefehlen der Erziehungsdirektion als in den Entscheiden der Polizeigerichte ist für den Fall, daß die Buße nicht innert Monatsfrist nach der Zustellung des Strafbefehls beziehungsweise der Mitteilung des gerichtlichen Urteils eingeht, die entsprechende Freiheitsstrafe, eine Stunde für 50 Cts. Geldbuße, anzusetzen.

§ 7. Die Erziehungsdirektion übermittelt die vollstreckbar gewordenen Strafbefehle beziehungsweise die Urteile des Polizeigerichts der Polizeidirektion zum Vollzug. Leistet der Gebüßte der Aufforderung, die Geldbuße innerhalb der festgesetzten Zeit zu bezahlen, keine Folge, so wird er zur Verbüßung der Haftstrafe eingezogen.

Fortbildungsschüler, welche erwiesenermaßen durch eigenes Verschulden die Schule versäumt haben, können statt zu Geldbußen zur Abbüßung der Haftstrafe angehalten werden.

Die Geldbußen fallen in den Fonds für Versorgung verwahrloster Knaben. Die Haftstrafen sind in den Bezirksgefängnissen abzubüßen; betreffend die Fortbildungsschüler siehe § 66.

II. Unentgeltlichkeit des Unterrichts.

§ 8. Der an den öffentlichen Schulen erteilte Unterricht ist unentgeltlich. Die persönlichen gedruckten Lehrmittel und Schulmaterialien werden den Schülern kostenfrei verabfolgt.

Zum Zwecke direkter Beschaffung und Abgabe der Lehrmittel und Schulmaterialien durch den Staat kann, sofern sich ein Bedürfnis hierfür zeigt und Ersparnisse nachweisbar sind, durch Beschluß des Landrates eine Lehrmittelverwaltung eingerichtet werden.

Die gedruckten Lehrmittel sollen, soweit dies möglich und zweckmäßig ist, im Staatsverlag erscheinen.

III, Schulgebäude.

§ 9. Die Schulgebäude sollen den Bedürfnissen der Schule und den Anforderungen der Gesundheitslehre entsprechend eingerichtet sein.

In der Nähe eines jeden Schulhauses soll ein für die Spiele und Leibesübungen der Jugend bestimmter Platz erstellt und der Schule zum Gebrauch übergeben werden.

§ 10. Bei Erstellung neuer oder bei wesentlicher Veränderung bestehender Schulgebäude sind vor Ausschreibung und Beginn der Arbeiten die Baupläne nebst Baubeschreibung dem Regierungsrat zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen.

Die innere Einrichtung der Lehrsäle hat das Schulinspektorat zu begutachten.

§ 11. Die Instandhaltung, Reinigung und Beheizung der Lokalitäten für Primar- und Sekundarschulen ist Sache der Schulgemeinden, für die der Bezirksschulen hat der Staat aufzukommen.

Über Benützung der für den Unterricht bestimmten Lokalitäten eines Schulhauses zu andern als Unterrichtszwecken entscheidet in Verbindung mit der Schulpflege der Gemeinderat, wobei die Wünsche der Lehrerschaft nach Tunlichkeit zu berücksichtigen sind. Jeder der Schule nachteilige Gebrauch der Schullokale ist untersagt.

IV. Gemeindeschulen.

A. Primarschulen.

§ 12. Der Primarunterricht ist obligatorisch. Er wird in den öffentlichen Schulen jeder Schulgemeinde erteilt. Schulgemeinde ist jede politische Gemeinde, vorbehalten die bisherigen Vereinigungen (Benken-Biel, Arisdorf-Hersberg, Buckten-Känerkinden-Rümlingen und Zeglingen-Kilchberg).

Der Landrat hat das Recht, nach Anhörung der betreffenden Gemeinden und wenn sich das Bedürfnis hierzu zeigt, Änderungen zu treffen.

§ 13. Die Schüler haben die Schule ihrer Gemeinde zu besuchen. Ausnahmsweise können Kinder in die Schule einer Nachbargemeinde aufgenommen werden, wenn ihnen dadurch der Schulbesuch bedeutend erleichtert wird. Sofern in diesem Falle über allfällige Gegenleistungen zwischen den beteiligten Gemeindebehörden eine Einigung nicht erzielt werden kann, entscheidet der Regierungsrat.

§ 14. Schulen an Anstalten (Erziehungsanstalten), Fabriken etc., sowie allfällige Privatschulen stehen, sowohl was das Lehrziel, als was die Methode des Unterrichts und die sanitarische Einrichtung der Lokale anbelangt, unter allgemeiner staatlicher Aufsicht. Ihre Lehrpläne sind der Erziehungsdirektion zur Genehmigung vorzulegen. Es dürfen an diesen Schulen nur solche Lehrer angestellt werden, welche den in § 45 aufgestellten Anforderungen genügen. Die Prüfungen sind durch den Schulinspektor abzunehmen.

Für Erteilung von Privatunterricht an Stelle des öffentlichen ist vorerst die Bewilligung der Erziehungsdirektion einzuholen. Die Schüler haben sich der jährlichen öffentlichen Prüfung zu unterziehen.

§ 15. Wenn innerhalb vier Jahren im Durchschnitt die Anzahl der gleichzeitig zu unterrichtenden Schüler in einer Schule 65 übersteigt, so ist die Schulgemeinde verpflichtet, eine neue Schulabteilung zu errichten und eine weitere Lehrkraft anzustellen. Sinkt die Gesamtzahl der Schüler zweier Abteilungen während vier aufeinander folgender Jahre unter 40, so können die Abteilungen mit Einwilligung der Erziehungsdirektion durch die Schulpflege nach Ablauf der Amtsdauer der Lehrer vereinigt werden.

In der Arbeitsschule darf die Zahl der Schülerinnen das Maximum von 30 nicht übersteigen und die Vereinigung zweier Abteilungen erst dann erfolgen, wenn die Gesamtzahl der Schülerinnen beider Abteilungen unter 20 herabsinkt und ein Steigen für die nächsten Jahre nicht in Aussicht steht.

Die Zuteilung der Schulabteilungen an die Lehrer (Lehrerinnen inklusive Arbeitslehrerinnen) erfolgt nach Anhörung derselben durch die Schulpflege.

§ 16 Die Primarschule dauert acht Jahre. Entsprechend den acht Schuljahren wird der Primarunterricht gemäß Lehrplan in acht aufeinanderfolgenden Klassen erteilt.

§ 17. Die wöchentliche Unterrichtszeit für die Schüler beträgt mindestens 18 und höchstens 30 Stunden, Turnen und Arbeitsschulunterricht der Mädchen inbegriffen. Mindestens ein Halbtag in der Woche ist für alle Schüler frei zu geben. Das Nähere bestimmt der Lehrplan (§§ 73 und 74).

Durch Beschluß der Schulgemeinden kann für das ganze Jahr oder nur für die Monate Mai bis Oktober der Unterricht in der 7. und 8. Klasse auf die Vormittage mit je vier Stunden, Arbeitsschule nicht inbegriffen, verlegt werden.

An Gesamtschulen mit über 40 Schülern sollen in der Regel nicht alle acht Klassen gemeinsam unterrichtet werden.

§ 18. Nach Schluß eines Schuljahres rücken die Schüler in die nächstfolgende Schulklasse vor. Es dürfen jedoch solche Schüler, welche dem Unterricht nicht zu folgen vermögen, durch die Schulpflege auf Vorschlag des Lehrers ein weiteres Jahr zum Besuche der gleichen Klasse verhalten und ausnahmsweise auch im Laufe des Jahres in eine untere Klasse versetzt, keinesfalls aber länger als zwei Jahre in derselben behalten werden.

§ 19. Die Gemeinden haben das Recht, mit Genehmigung des Regierungsrates über die in diesem Gesetze von ihnen geforderten Leistungen hinauszugehen, insbesondere ein neuntes Schuljahr und Spezialklassen für bildungsfähige Schwachbegabte einzurichten. Auf Vorschlag der Lehrerschaft können nicht normal begabte Kinder und solche, welche eine Klasse zwei Jahre ohne Erfolg besucht haben, durch die Schulpflege in die Spezialklassen oder im Einverständnis mit der heimatlichen Armenbehörde in Spezialanstalten verwiesen werden. (Siehe auch § 66, Schlußsatz.)

§ 20. Die Lehrgegenstände der Primarschule sind: Biblische Geschichte (fakultativ) und Sittenlehre; — Sachunterricht (Anschauungsunterricht, Natur-

kunde, Geographie, Geschichte); — Sprachunterricht; — Rechnen (und Raumlehre); — Schreiben; — Zeichnen; — Singen; — Leibesübungen; — Handarbeit für Mädchen und, wo die Verhältnisse es zulassen, für Knaben, sowie Haushaltungskunde für Mädchen.

Für das neunte Schuljahr (§ 19) können die Lehrgegenstände mit Genehmigung der Erziehungsdirektion vermehrt werden.

Der Lehrplan bestimmt für jede Klasse den Unterrichtsstoff und die auf die einzelnen Fächer zu verwendende Zeit; ihm entsprechend ist vom Lehrer unter Mitwirkung der Schulpflege, der Arbeitslehrerin und der Geistlichen, welche den Religionsunterricht zu erteilen haben, ein Stundenplan aufzustellen. Dieser unterliegt der Genehmigung der Erziehungsdirektion.

§ 21. Der Unterricht in Leibesübungen (Turnunterricht) ist für die Knaben obligatorisch und soll den eidgenössischen Vorschriften entsprechen.

Die Schulgemeinde kann solchen Unterricht auch für Mädchen obligatorisch erklären

§ 22. Der Handarbeitsunterricht für Mädchen wird in sechs Jahreskursen von der III. bis und mit VIII. Klasse, und zwar in der III. und IV. Klasse (Schuljahr) in 4, in den obern Klassen in 4—6 Stunden wöchentlich erteilt.

Durch Gemeindebeschluß kann an den obern Klassen Unterricht in der Haushaltungskunde für Mädchen und solcher in Handarbeit für Knaben eingeführt und eventuell obligatorisch erklärt werden.

§ 23. Der Unterricht in biblischer Geschichte und Sittenlehre ist so zu gestalten, daß Schüler verschiedener Konfessionen an demselben teilnehmen können.

Der konfessionelle Unterricht, welcher für jede Abteilung je eine Stunde in der Woche beanspruchen darf und für protestantische Kinder mit dem vierten Schuljahr beginnt, wird durch die Pfarrer der staatlich anerkannten Kirchgemeinden erteilt, und zwar für jede Konfession nach einem einheitlichen Lehrplan, welcher auf den Vorschlag der reformierten und katholischen Geistlichkeit durch den Erziehungsrat aufgestellt und durch den Regierungsrat erlassen wird (§§ 73 und 74). Betreffend den Besuch dieses Unterrichts ist Art. 49 der Bundesverfassung maßgebend.

Für Erteilung von Religionsunterricht an Kinder in solchen Gemeinden, in denen für die betreffende Konfession eine staatlich anerkannte Kirche nicht besteht, soll ein Lokal im Schulhause, soweit möglich während der Schulzeit, zur Verfügung gestellt werden. Zur Erteilung dieses Unterrichtes sind die Geistlichen der protestantischen und christkatholischen Diaspora, sowie der römisch-katholischen Missionskirchen befugt.

B. Fortbildungsschulen.

§ 24. In jeder Primarschulgemeinde soll eine Fortbildungsschule bestehen. Ausnahmsweise können mit Genehmigung des Regierungsrates mehrere kleinere Gemeinden eine Fortbildungsschule gemeinsam halten lassen.

Die Fortbildungsschule soll die Ergebnisse des bisher erteilten Schulunterrichtes befestigen und erweitern und mit dem allgemeinen Bildungszwecke die Bedürfnisse des praktischen Lebens möglichst berücksichtigen.

§ 25. Die Fortbildungsschulen dauern bei wöchentlich vierstündigem Unterricht, der auf zwei Werktage zu verlegen ist und bis längstens abends 9 Uhr beendigt sein soll, vom 1. November bis Ende Februar.

§ 26. Der Unterricht in den Fortbildungsschulen soll folgende Gegenstände umfassen: 1. Lesen; — 2. Aufsatz; — 3. Rechnen; — 4. Vaterlandskunde.

Die Lehrer werden durch die Schulpflegen bestimmt. Die am Schulorte wohnenden Primar- und eventuell Sekundarlehrer sind zur Übernahme des Auftrages verpflichtet.

Wenn eine Abteilung mehr als 20 Schüler zählt, kann sie durch die Schulpflege mit Einwilligung der Erziehungsdirektion getrennt werden.

§ 27. Zum Besuche der Fortbildungsschule sind verpflichtet sämtliche im 17. und 18. Altersjahre stehenden Knaben schweizerischer Nationalität, sofern sie nicht eine höhere Schule oder eine berufliche Fortbildungsschule besuchen oder nicht nach Abschluß des Besuches einer Bezirks- oder Sekundarschule oder einer andern gleichwertigen Schule die Dispensationsprüfung mit Erfolg bestanden haben.

Jeder Schüler hat zwei Kurse zu bestehen.

Ausländischen Niedergelassenen oder Aufenthaltern ist, sofern sie das vorgeschriebene Alter haben, die nötigen Sprach- und Vorkenntnisse besitzen und sich den bestehenden Vorschriften unterziehen, der Besuch der Fortbildungsschule zu gestatten.

§ 28. Die Gemeinden haben das Recht, die in § 25 festgesetzte Schulzeit auszudehnen, einen dritten viermonatigen Kurs einzurichten und die in § 26 aufgezählten Lehrgegenstände zu vermehren.

C. Sekundarschulen.

§ 29. Die Gemeinden haben das Recht, für sich allein oder in Verbindung mit Nachbargemeinden im Sinne der nachfolgenden Bestimmungen Sekundarschulen für Knaben und Mädchen oder auch nur für letztere zu errichten.

Die Sekundarschulen sind höhere Volksschulen und haben den Zweck, die in der Primarschule erworbene Bildung mit möglichster Berücksichtigung des künftigen Berufes zu erweitern.

Der Unterricht wird in zwei oder in drei beziehungsweise vier Jahreskursen erteilt (§§ 32 und 34).

§ 30. Errichten mehrere Einwohnergemeinden zusammen eine Sekundarschule, so gelten folgende Bestimmungen:

Die beteiligten Gemeinden bilden zusammen eine Sekundarschulgemeinde. Diese versammelt sich am Schulorte so oft, als die Geschäfte es erfordern. Der Gemeindepräsident des Schulortes führt den Vorsitz, der Gemeindeschreiber das Protokoll.

Die ordentlichen Geschäfte der Sekundarschulgemeinde sind: Wahl der Lehrer, der Sekundarschulpflege, des Sekundarschulkassiers und der Sekundarschulrechnungsprüfungskommission; — Festsetzung der Besoldungen; — Aufstellung des Jahresbudgets; — Genehmigung der Jahresrechnung.

Die Sekundarschulgemeinde kann durch Beschluß einzelne oder alle ihr zukommenden Obliegenheiten einer besondern Kommission (Sekundarschulkommission), in welcher die beteiligten Gemeinden vertreten sein müssen, übertragen.

Die Wahlen, welche die Sekundarschulgemeinde zu treffen hat, sind nach den kantonalen Vorschriften betreffend Wahlen und Abstimmungen vorzunehmen.

Der Sekundarschulkassier wird frei aus der Einwohnerschaft der beteiligten Gemeinden auf drei Jahre gewählt. Er besorgt gegen angemessene Entschädigung das gesamte Rechnungswesen der Sekundarschule und hat Kaution zu leisten.

Die Rechnungsprüfungskommission soll aus drei Mitgliedern bestehen und wird auf drei Jahre gewählt.

Der Rechnungsprüfungsgang ist folgender: Sekundarschulpflege, Rechnungsprüfungskommission, Sekundarschulgemeindeversammlung, beziehungsweise Sekundarschulkommission, Direktion des Innern, Regierungsrat.

§ 31. Unterhält eine Gemeinde für sich allein eine Sekundarschule, so können die Funktionen betreffend die Sekundarschule den entsprechenden Beamten der Einwohnergemeinde übertragen werden.

§ 32. Wenn eine Sekundarschule vier Jahre nacheinander pro Lehrkraft durchschnittlich mehr als 40 Schüler zählt, so ist die Schulgemeinde verpflichtet, eine weitere Lehrkraft anzustellen und eine neue Schulabteilung zu errichten. Sinkt die Schülerzahl während vier aufeinanderfolgender Jahre erheblich unter jene Durchschnittszahl, so können durch Beschluß der Schulgemeinde die Ab-

teilungen mit Einwilligung der Erziehungsdirektion nach Ablauf der Amtsdauer der Lehrer wieder vereinigt werden.

An Sekundarschulen mit drei Jahreskursen sollen wenigstens zwei Lehrer angestellt werden.

§ 33. In der Sekundarschule können in der Regel diejenigen Schüler eintreten, welche die VI. Klasse der Primarschule absolviert und die durch die Lehrerschaft der Sekundarschule abzunehmende Aufnahmsprüfung mit Erfolg bestanden haben. Den Einwohner- resp. Sekundarschulgemeinden steht jedoch das Recht zu, ihre Sekundarschulen schon an die V. Primarschulklasse anzuschließen. Auch bei diesem frühern Übertritte haben die Schüler eine Aufnahmsprüfung zu bestehen. In erster Linie haben die Schüler aus den beteiligten Gemeinden (§§ 29 bis 31) Zutritt, aus andern Gemeinden, so lange für sie Platz ist.

Die Entlassung aus der Schule erfolgt nach Beendigung des vollständigen Kurses anläßlich der Schlußprüfung. Wenn Schüler vor zurückgelegtem achten Schuljahre austreten, sind sie für den Rest der obligatorischen Schulzeit zum Besuche der Primarschule ihrer Gemeinde verpflichtet (§ 2).

§ 34. Die Lehrgegenstände der Sekundarschule mit zwei Jahreskursen sind: Deutsche Sprache; — französische Sprache; — italienische und englische Sprache (fakultativ); — Geographie; — Geschichte und Verfassungskunde; — Naturkunde; Arithmetik; — Algebra (fakultativ); — Geometrie und technisches Zeichnen; — Freihandzeichnen; — Schreiben mit Buchhaltung; Stenographie (fakultativ); — Singen; — Leibesübungen; — Religion (fakultativ).

An Sekundarschulen mit drei beziehungsweise vier Jahreskursen können auf Antrag der Schulpflege und mit Zustimmung der Erziehungsdirektion weitere Fächer hinzugefügt werden.

Die Mädchen können vom Besuche des Unterrichts in Geometrie und technischem Zeichnen befreit werden und erhalten hierfür wöchentlich 4—6 Stunden Unterricht in Handfertigkeit und Hauswirtschaft.

§ 35. Die wöchentliche Schulzeit beträgt 28—32 Stunden und soll so verteilt werden, daß zwei Nachmittage frei bleiben. Die Stundenpläne unterliegen der Genehmigung der Erziehungsdirektion.

Die Zuteilung der Fächer und Schulabteilungen an die Lehrer ist Sache der Sekundarschulpflege. Diese kann an Schulen mit mehreren Lehrern einen mit den Rektoratsgeschäften betrauen.

§ 36. Der Unterricht in den weiblichen Handarbeiten und in der Haushaltungskunde kann den patentierten Arbeitslehrerinnen der Primarschule übertragen werden.

Mehr als 30 Schülerinnen dürfen nicht gleichzeitig unterrichtet werden.

Zur rationellen Unterrichtserteilung speziell in der Hauswirtschaft kann im Bedürfnisfalle, das heißt wenn die ordentliche Lehrerschaft hierfür nicht geeignet sein sollte, durch Landratsbeschluß das Institut der Wanderlehrerinnen eingeführt werden.

§ 37. Für den Unterricht in den Leibesübungen gelten die Vorschriften des § 21.

§ 38. Auf den Religionsunterricht dieser Stufe finden die Vorschriften des zweiten und dritten Absatzes von § 23 analoge Anwendung.

V. Bezirksschulen.

§ 39. Die Bezirksschule ist die Bildungsanstalt für diejenigen Knaben, welche einen höhern Unterricht genießen wollen, insbesondere für solche, welche sich für den Besuch höherer Schulen vorbereiten. Auch Mädchen können Aufnahme finden, sofern sie nicht Gelegenheit haben, zur Erreichung des letztern Zweckes eine Sekundarschule zu besuchen.

Der Unterricht wird in drei getrennten Jahreskursen durch wenigstens drei Lehrer erteilt.

§ 40. Der Staat unterhält in jedem Bezirk je eine Bezirksschule.

Die bisherigen Schulorte (Therwil, Liestal, Böckten und Waldenburg) werden beibehalten, sofern nicht dringende Ursachen eine Verlegung der einen oder andern Schule bedingen; im letztern Falle beschließt der Landrat über die Verlegung, nachdem seitens des in Aussicht genommenen neuen Schulortes ein geeigneter Bauplatz unentgeltlich zur Verfügung gestellt und ein Beitrag von wenigstens 25 % an die Baukosten zugesichert sein wird.

§ 41. Wenn eine Klasse einer Bezirksschule mehrere Jahre nacheinander mehr als 40 Schüler zählt, so ist ein weiterer Lehrer anzustellen und eine neue Schulabteilung zu errichten.

Sinkt die Schülerzahl während mehrerer aufeinanderfolgender Jahre erheblich unter jene Durchschnittszahl, so kann der Regierungsrat auf Antrag der Erziehungsdirektion Aufhebung einer Lehrstelle nach Ablauf der Amtsdauer der Lehrer beschließen.

§ 42. Den in § 39 genannten Schülern ist der Eintritt in die Bezirksschule zu gestatten, wenn sie die VI. Klasse der Primarschule besucht und die durch die Lehrerschaft der Bezirkschule abzunehmende Aufnahmsprüfung mit Erfolg bestanden haben.

Des fernern sollen Schüler der Sekundarschule, welche sich erst auf letzterer Schulstufe zum Besuche höherer Schulen entschließen und in der Sekundarschule nicht die ausreichende Vorbereitung erhalten können, nach abgelegter Aufnahmsprüfung, jedoch nur auf Beginn eines Schulhalbjahres, in die Bezirksschule übertreten können.

Die Entlassung aus der Bezirksschule erfolgt nach Beendigung des vollständigen Kurses anläßlich einer Schlußprüfung. Treten Bezirksschüler vor zurückgelegtem achtem Schuljahr aus, so sind sie verpflichtet, für den Rest der obligatorischen Schulzeit in die Primarschule eventuell in die Sekundarschule ihrer Gemeinde einzutreten (§ 2).

§ 43. Die wöchentliche Unterrichtszeit beträgt 30—32 Stunden. Sie ist so zu verteilen, daß der Mittwoch frei bleibt.

§ 44. Die Lehrgegenstände der Bezirksschule sind: Deutsche Sprache; — französische Sprache; — lateinische und griechische Sprache (fakultativ); — italienische und englische Sprache (fakultativ); — Geographie; — Geschichte und Verfassungskunde; — Naturkunde (Botanik, Zoologie, Mineralogie); — Naturlehre (Physik, Chemie); — Arithmetik und Algebra; — Geometrie; — technisches Zeichnen; — Freihandzeichnen; — Schreiben und Buchhaltung, Stenographie (fakultativ); — Singen; — Leibesübungen.

Auf den Unterricht in den Leibesübungen findet § 21 Absatz 1 analoge Anwendung.

Für Erteilung des Unterrichts im Freihandzeichnen an den Bezirksschulen wird ein besonderer Wanderlehrer angestellt, welcher den Bezirkslehrern bezüglich Wahlart und Besoldung gleichgestellt ist; erforderlichen Falls soll dieses Fach auch einem der letztern übertragen werden.

Die Zuteilung der Fächer und Schulabteilungen an die Lehrer ist Sache der Erziehungsdirektion, welcher auch die Stundenpläne zur Genehmigung zu unterbreiten sind.

Mit den Rektoratsgeschäften wird jeweilen einer der Lehrer durch den Regierungsrat betraut.

VI. Lehrerschaft.

§ 45. Lehrstellen dürfen nur von solchen Personen bekleidet werden, welche die erforderliche Berufsbildung (Fähigkeitsausweise) und körperliche Eignung besitzen, Schweizerbürger sind, einen guten Leumund genießen und in bürgerlichen Rechten und Ehren stehen.

§ 46. Jeder neu anzustellende Lehrer ist vorerst provisorisch zu ernennen, sofern er nicht anderwärts bereits in definitiver Stellung gewesen und im herwärtigen Kanton wahlfähig ist; in diesem Falle kann sofort zur definitiven Wahl geschritten werden.

Die provisorische Anstellung währt in der Regel ein Jahr, keinesfalls länger als zwei Jahre.

§ 47. Um definitiv gewählt werden zu können, muß der Bewerber (Bewerberin) im Besitze des Wahlfähigkeitszeugnisses und volljährig sein.

Das Wahlfähigkeitszeugnis wird von der Erziehungsdirektion ausgestellt

a. an Primarlehramtskandidaten, welche ein Lehrerseminar oder eine andere öffentliche Vorbereitungsanstalt mit Erfolg besucht und die von der Erziehungsdirektion nach Bedürfnis, jedoch nur einmal im Jahre anzuordnende Patentprüfung bestanden haben oder von letzterer gemäß § 48, Absatz 1, befreit worden sind;

b. an Kandidaten für Sekundar- und Bezirksschulstellen, nachdem sie sich über genügende akademische Vorbildung und den Besitz eines Diploms im Sinne von § 48, Absatz 2, ausgewiesen haben.

§ 48. In den Prüfungsreglementen sind Bestimmungen darüber aufzustellen, in welchen Fällen einem Kandidaten die Prüfung ganz oder teilweise zu erlassen ist.

Vorbehältlich der Genehmigung durch den Landrat kann der Regierungsrat mit andern Kantonen Vereinbarungen betreffend gegenseitige Anerkennung der Lehrpatente und Diplome abschließen, und es ist im ferneren der Landrat ermächtigt, im Falle des Zustandekommens eines Konkordates den Beitritt des Kantons zu erklären.

§ 49. An den Mädchenabteilungen der Primar- und Sekundarschule, sowie an den vier untern Klassen der Primarschule überhaupt dürfen unter Vorbehalt der Bestimmungen der §§ 45—48 auch unverheiratete oder verwitwete Lehrerinnen weltlichen Standes angestellt werden.

Die Lehrerinnen sind in Rechten und Pflichten den Lehrern gleichgestellt, sofern die folgenden Bestimmungen nicht anderes vorschreiben.

§ 50. Die Lehrer und Lehrerinnen an Primar- und Sekundarschulen sind Gemeindebeamte, die Bezirkslehrer Staatsbeamte.

Es werden gewählt:

a. die Lehrer und Lehrerinnen an Primarschulen durch die Einwohnergemeinde beziehungsweise Schulgemeindeversammlung;

b. die Lehrer und Lehrerinnen an Sekundarschulen durch die Sekundarschulgemeinde beziehungsweise durch die Sekundarschulkommission;

c. die Bezirkslehrer auf Vorschlag des Regierungsrates durch den Landrat.

Auf das Verfahren bei den sub a und b aufgeführten Wahlen finden die kantonalen Vorschriften betreffend Wahlen und Abstimmungen Anwendung. Das Protokoll über die Wahlen ist dem Regierungsrat zur Bestätigung der letztern einzuschicken.

Vor jeder Neubesetzung einer Lehrstelle hat die betreffende Schulpflege Personalvorschläge einzubringen. Sie kann zu diesem Zwecke die Stelle vorher zur Wiederbesetzung ausschreiben. Die Vorschläge sind nicht verbindlich.

Die provisorischen Wahlen können durch Beschluß der Schulgemeinde im Einzelfalle oder grundsätzlich der Schulpflege übertragen werden.

Die provisorische Wahl der Bezirkslehrer steht dem Regierungsrat zu.

§ 51. Die Amtsdauer beträgt fünf Jahre; neuanzustellende Lehrer dagegen können nur für den Rest der Amtsdauer gewählt werden.

Innerhalb dieser Frist kann der Lehrer seiner Stelle nur verlustig werden durch Diensteinstellung infolge strafrichterlicher Untersuchung, oder Amtsentsetzung infolge Gerichtsurteils, oder Abberufung durch den Regierungsrat auf begründeten Antrag des Erziehungsrates.

Die periodischen Wahlen der Lehrer an Primar- und Sekundarschulen werden vom Regierungsrat angeordnet.

§ 52. Die Wahl der Lehrerinnen für den Unterricht in den weiblichen Handarbeiten und der Haushaltungskunde steht den Schulpflegen zu.

Wird eine Lehrstelle frei, so erläßt die Schulpflege eine Bekanntmachung und trifft in Verbindung mit der Frauenkommission aus der Zahl der Angemeldeten die Wahl. Besitzt die Ernannte bereits ein hierorts gültiges Patent, so ist ihre Wahl eine definitive; ist sie jedoch noch nicht patentiert, so gilt sie nur als provisorisch angestellt. Die definitive Wahl kann erst nach bestandener Prüfung erfolgen.

Von jeder Anstellung, sei sie definitiv oder provisorisch, ist der Erziehungsdirektion zwecks Bestätigung schriftlich Kenntnis zu geben.

Eine Arbeitslehrerin kann für mehr als eine Abteilung angestellt werden.

Der Ausschluß verheirateter Frauenspersonen (§ 49) gilt für Arbeitslehrerinnen nicht.

§ 53. Den Amtsantritt sowohl der definitiv gewählten als der provisorisch ernannten Lehrer und Lehrerinnen setzt die Erziehungsdirektion fest. Ihr sind auch die Entlassungsgesuche einzureichen. Sie darf die Entlassung bis auf drei Monate vom Einlaufen des Gesuches an gerechnet hinausschieben, sofern nicht vorher für genügende Stellvertretung gesorgt werden kann.

§ 54. Es sollen erhalten:

a. Die Primarlehrer eine Barbesoldung von wenigstens Fr. 1600.— nebst folgenden Kompetenzen: eine geräumige und passende Amtswohnung, 6 Ster Hartholz und 150 Wellen, sowie 36 Ar Land, oder an Stelle dieser Kompetenzen eine entsprechende Barentschädigung, im Minimum Fr. 400;

b. die Primarlehrerinnen eine Barbesoldung von wenigstens Fr. 1600.— ohne Kompetenzen;

c. die Lehrer an Fortbildungsschulen eine Entschädigung von Fr. 1.50 pro Unterrichtsstunde;

d. die Arbeitslehrerinnen pro Abteilung wenigstens Fr. 200;

e. die Sekundar- und Bezirkslehrer bei provisorischer Anstellung wenigstens Fr. 2600, bei definitiver Anstellung wenigstens Fr. 3000;

den Inhabern von Amtswohnungen wird ein Abzug von Fr. 300 bis Fr. 500 gemacht;

f. die Sekundarlehrerinnen bei provisorischer Anstellung Fr. 2000; bei definitiver Anstellung wenigstens Fr. 2300;

g. für Erteilung von Unterricht in den Freifächern in Bezirks- und Sekundarschulen wird eine angemessene Entschädigung entrichtet;

h. die mit dem Rektorat betrauten Lehrer an Bezirksschulen erhalten für ihre besonderen Verrichtungen eine Entschädigung von Fr. 100 per Jahr.

§ 55. Zu den Besoldungen (§ 54) erhalten die Primarlehrer und Primarlehrerinnen, Sekundarlehrer und Sekundarlehrerinnen, sowie die Bezirkslehrer folgende Zulagen:

nach	5	Jahren	definitiver	Anstellung	im	Kanton	Fr. 100
„	10	„	„	„	„	„	„ 200
„	15	„	„	„	„	„	„ 300
„	20	„	„	„	„	„	„ 400

Der Zuschlag erfolgt jeweilen nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem obige Perioden zu Ende gegangen sind, mit Wirkung vom Beginn des folgenden Jahres an.

§ 56. Die Hinterlassenen eines verstorbenen Lehrers oder einer verstorbenen Lehrerin verbleiben im Genusse der vollen Besoldung (inbegriffen Kompetenzen) bis auf ein Vierteljahr vom Todestage an gerechnet.

§ 57. Auf einen Ruhegehalt haben sämtliche Lehrer und Lehrerinnen inklusive Arbeitslehrerinnen Anspruch, sofern sie

a. 40 Jahre, wovon wenigstens 20 im Kanton Baselland, geamtet haben,

b. wegen Altersschwäche oder unheilbarer Krankheit oder andauernden und unverschuldeten diensthinderlichen Gebrechens vom Schuldienste zurück-

treten oder vom Regierungsrate auf Antrag des Erziehungsrates in den Ruhestand versetzt, oder aus denselben Gründen nicht wieder gewählt werden.

Anspruch auf einen Ruhegehalt hat auch ein bei der Wiederwahl nicht mehr bestätigter Lehrer, welcher bereits 30 Jahre, wovon wenigstens 20 im Kanton Baselland, geamtet hat und keine andere Anstellung findet, sofern durch eine von ihm verlangte Untersuchung festgestellt wird, daß er sich in seiner Amtsführung keinerlei Pflichtwidrigkeiten oder erhebliche Nachlässigkeiten hat zuschulden kommen lassen.

Der Ruhegehalt besteht in den Beiträgen der Lehrerkasse (§ 59), des Staates (§ 75, Littera g) und der Gemeinden (§ 76, Absatz 1 und § 82); die letzteren müssen im Falle *b* zum mindesten den Leistungen des Staates gleichkommen.

§ 58. Wenn zufolge Erkrankung oder Militärdienst des Lehrers die Schule voraussichtlich längere Zeit eingestellt werden muß, so wird durch die Erziehungsdirektion ein Vikar angestellt. Kein Vikariat darf länger als zwei Jahre dauern.

Ein Vikariat ist auch zu bestellen für die Zeit, während welcher die Hinterlassenen eines verstorbenen Lehrers oder einer verstorbenen Lehrerin im Genusse der Besoldung und der Wohnung verbleiben (§ 56); sofern jedoch die betreffende Lehrstelle definitiv besetzt wird (§ 46), haben die Gemeinden den neuen Lehrer für die ausfallenden Kompetenzen zu entschädigen.

§ 59. Sämtliche Primarlehrer und Primarlehrerinnen, Sekundarlehrer und Sekundarlehrerinnen, sowie Bezirkslehrer sind gehalten, bei ihrem Eintritt in den basellandschaftlichen Schuldienst der Witwen-, Waisen-, Alters- und Sterbefallkasse der kantonalen Lehrerschaft beizutreten.

Die Statuten dieser Kasse unterliegen der Genehmigung des Regierungsrates, welchem auch die Oberaufsicht über die Verwaltung zusteht.

§ 60. Zwecks Förderung der wissenschaftlichen und praktischen Berufstüchtigkeit, sowie zur Behandlung von Schulfragen und gemeinsamen Schulangelegenheiten werden der Lehrerschaft jährlich drei Tage zur Abhaltung der Bezirks- und Kantonalkonferenz freigegeben. Der Schulinspektor hat diesen Konferenzen beizuwohnen.

Der Besuch der Kurse, welche die Erziehungsdirektion zum Zweck der Fortbildung der Lehrerschaft anordnet, ist für letztere obligatorisch.

§ 61. Die Lehrerschaft hat die vorgeschriebene Schulzeit genau einzuhalten. Ist ein Lehrer (Lehrerin) genötigt, die Schule 1—3 Tage einzustellen, so hat er vorher die Einwilligung des Schulpflegepräsidenten einzuholen und von dem erhaltenen Urlaube dem Schulinspektorat unverzüglich Anzeige zu machen. Urlaub über drei Tage kann nur die Erziehungsdirektion erteilen.

§ 62 Der Lehrer hat die Obliegenheiten seines Amtes gewissenhaft zu erfüllen, das Gedeihen der Schule nach Kräften zu fördern, sich im Unterrichte nach dem vorgeschriebenen Lehrplane und den auf Gesetz und Verordnungen beruhenden Weisungen des Schulinspektorates zu richten und dabei die obligatorischen Lehrmittel zu gebrauchen.

Der Lehrer hat alle diejenigen Beamtungen, Anstellungen und Beschäftigungen zu meiden, beziehungsweise aufzugeben, welche die gewissenhafte Erfüllung seiner Lehrerpflichten oder das Ansehen des Lehramtes beeinträchtigen.

Die Lehrer sind verpflichtet, die Übernahme und den Betrieb allfälliger Nebenbeschäftigungen der Schulpflege anzuzeigen, welche die Angelegenheit mit ihrem Antrag dem Erziehungsrat zum Entscheid übermittelt.

Grundsätzlich ist jedem Lehrer, sowie seiner Ehefrau, untersagt, eine Wirtschaft oder irgend ein Ladengeschäft zu betreiben.

§ 63. Lehrer und Lehrerinnen haben ihren ordentlichen Wohnsitz in der Schulgemeinde zu nehmen. Ausnahmen kann die zuständige Schulpflege gestatten. Über allfällige Rekurse entscheidet der Erziehungsrat.

§ 64. Sämtliche Lehrer und Lehrerinnen stehen für ihre Amtsführung unter Aufsicht der in den §§ 65—74 angeführten Behörden und Beamtungen. Solche, die ihre Pflicht vernachlässigen, gegebenen Weisungen nicht nachkommen oder einen unmoralischen oder anstößigen Lebenswandel führen, haben Ermahnung, Amtseinstellung auf beschränkte Zeit oder Abberufung zu gewärtigen. Letztere beiden Strafen können nur vom Regierungsrat auf Antrag des Erziehungsrates verhängt werden. Im Falle der Amtseinstellung fällt die laufende Besoldung dem von der Erziehungsdirektion zu bestimmenden Stellvertreter zu.

Die Abberufung oder die Amtsentsetzung infolge Gerichtsurteils (§ 51) kann auch den Entzug der Wahlfähigkeit im Kanton Baselland zur Folge haben.

In Fällen, in denen es sich um Abberufung handelt, steht den Parteien das Rekursrecht an den Landrat offen.

VII. Schulaufsicht.

A. Schulpflegen.

§ 65. Die unmittelbare Aufsicht über die öffentlichen Schulen führen die Schulpflegen.

Ihnen liegt im allgemeinen ob, die bestehenden Gesetzesvorschriften, Verordnungen und Reglemente, sowie die Anordnungen der Erziehungsdirektion beziehungsweise des Regierungsrates zu vollziehen und über dem gesamten Erziehungswesen ihres Kreises in und außerhalb der Schule zu wachen.

Im besondern sorgen die Schulpflegen dafür, daß frei werdende Lehrstellen rechtzeitig wieder besetzt werden. Sie entscheiden über die Verwendung der Lehrer an den einzelnen Abteilungen einer geteilten Schule (siehe auch § 26, Absatz 2). Sie wachen über die Pflichterfüllung des Lehrers und haben das Recht, ihn bei Vernachlässigung seines Berufes oder bei anstößigem Verhalten zu ermahnen, bei Wiederholungen einen Verweis zu erteilen und bei Nichtbeachtung ihrer Weisungen an den Erziehungsrat um Amtseinstellung oder Abberufung zu gelangen (§ 64). Ebenso können sie dem Erziehungsrate Anträge über die Versetzung eines Lehrers in den Ruhestand einreichen (§ 57 lit. b).

Jedes Mitglied der Schulpflege ist gehalten, die Schule, beziehungsweise Schulabteilungen, halbjährlich mindestens einmal zu besuchen.

Die Schulpflegen ziehen, sofern es ihnen angezeigt erscheint, die Lehrer oder eine Vertretung derselben zu ihren Verhandlungen bei.

Jede Schulpflege ernennt für die Arbeitsschule ihrer Schulstufe eine Frauenkommission, welche alle die Arbeitsschule betreffenden Angelegenheiten zu begutachten und die nächste Aufsicht über den Unterricht jener Schule auszuüben hat.

Über die Anschaffung der allgemeinen Lehrmittel und Schulbedürfnisse verfügen die Schulpflegen auf Grund des hierfür im Gemeindevoranschlag zu erteilenden Kredites.

Speziell in die Pflicht der Gemeindeschulpflege fällt es, die Errichtung von Kleinkinderschulen zu fördern und dieselben zu beaufsichtigen.

§ 66. Die Schulpflegen sind, sofern nicht strafrichterliche Verfolgung einzutreten hat, befugt, gegen Personen, welche in böswilliger Absicht den Unterricht stören, und die Lehrerschaft bei Ausübung des Berufes belästigen oder den durch Gesetz gerechtfertigten Anordnungen der Schulbehörden beharrlich Widerstand leisten, Bußen bis auf Fr. 20, im Nichtzahlungsfalle Haftstrafe bis auf sechs Tage auszusprechen. Sie bestimmen zugleich die Lokale, in denen die Einsperrungen erfolgen sollen. Für Fortbildungsschüler können in schwereren Fällen die Bezirksgefängnisse gewählt werden. Die Bußen fallen in die Einwohnergemeindekasse. Gegen die daherigen Entscheide der Schulpflege kann innert fünf Tagen von der Mitteilung des Beschlusses an gerechnet an das Polizeigericht rekurriert werden.

Wenn Schüler die Schule mutwillig versäumen oder sich gegen die Disziplin Ordnung und gute Sitte in und außer der Schule, worüber von den Ge-

meinden besondere Reglemente erlassen werden können, verstoßen, so steht der Schulpflege das Recht zu, nach erfolgter Verwarnung die Fehlbaren mit Arreststrafen bis zu drei Tagen zu belegen. Gegen eine solche Disziplinarstrafe ist eine Berufung an das Polizeigericht nicht zulässig.

Bei andauernder Widersetzlichkeit oder anderen Vergehen können Schüler auf begründeten Antrag der betreffenden Schulpflege durch die Erziehungsdirektion aus der Schule ausgeschlossen und den zuständigen Behörden zur Versorgung überwiesen werden. In bezug auf die Versorgung verwahrloster Kinder gelten die Bestimmungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Artikel 284 und 285) und des kantonalen Einführungsgesetzes.

§ 67. Die Primarschulpflegen bestehen in Gemeinden, welche bis auf 1200 Einwohner zählen, aus fünf, in solchen, welche über 1200 Einwohner zählen, aus sieben Mitgliedern; ein Mitglied muß jeweilen dem Gemeinderat angehören.

Jede Sekundarschulgemeinde wählt eine fünfgliedrige Sekundarschulpflege, sofern nicht deren Obliegenheiten gemäß § 31 der Primarschulpflege übertragen werden.

In beiden Fällen werden die Wahlen nach den kantonalen Vorschriften betreffend die Wahlen und Abstimmungen vorgenommen.

Die Bezirksschulpflege besteht aus fünf durch den Regierungsrat zu wählenden Mitgliedern.

Jede Schulpflege wählt ihren Präsidenten, Vizepräsidenten und Schreiber selbst aus ihrer Mitte, sowie den Lehrmittelverwalter.

B. Schulinspektorat, Prüfungskommission und Experten.

§ 68. Die technische Aufsicht über die Schulen führt ein kantonaler Schulinspektor. Er wird auf Vorschlag des Regierungsrates durch den Landrat auf die Dauer von drei Jahren gewählt und steht unter der Erziehungsdirektion.

Der Schulinspektor wohnt in Liestal. Er hat seine ganze Zeit dem Amte zu widmen und bezieht die im allgemeinen Besoldungsgesetz vorgesehene Besoldung.

§ 69. Die Obliegenheiten des Schulinspektors sind:

a. er besucht jede Schule des Kantons, die öffentlichen, die Anstalts- und Privatschulen, jährlich mindestens einmal;

b. er prüft abwechseld einen Teil der Primarschulen, ebenso die Anstaltsschulen; die übrigen Prüfungen an den Primarschulen werden durch Experten abgenommen;

c. er ist von Amtes wegen Mitglied der Kommission für Prüfung der Bezirks- und Sekundarschulen, sowie der Lehrer und Arbeitslehrerinnen; er nimmt auch die Prüfung derjenigen Knaben ab, welche vom Besuche der Fortbildungsschulen dispensiert werden wollen (§ 27):

d. er erteilt der Lehrerschaft und den Schulpflegen die erforderlichen Weisungen und unterstützt sie in der Ausübung ihres Amtes mit Rat und Tat;

e. er nimmt an den Lehrerkonferenzen teil und kann mit der Leitung von Lehrerkursen beauftragt werden;

f. er hat die vom Regierungsrat oder der Erziehungsdirektion ihm zugewiesenen Gegenstände zu begutachten, eventuell Anträge zu stellen und die Aufträge des Erziehungsdirektors auszuführen;

g. alljährlich gegen Ende des Monats Januar erstattet er schriftlich Bericht über seine sämtlichen Amtsverrichtungen und über den Stand des Schulwesens.

Die Schreibgeschäfte werden durch das Sekretariat der Erziehungsdirektion besorgt.

§ 70. Zur Prüfung von Primar-, Sekundar- und Bezirksschulen, des Schulturnens und der verschiedenen Lehrkräfte, sowie für Inspektion der Arbeitsschulen und Leitung allfälliger Kurse werden besondere Kommissionen und Ex-

perten gewählt. Diese werden vom Erziehungsrat ernannt und beziehen für ihre Verrichtungen Taggelder.

§ 71. Dem Landrat steht das Recht zu, bei vermehrtem Bedürfnis einen zweiten Schulinspektor anzustellen, und über die Festsetzung der Obliegenheiten der beiden Inspektoren, sowie zwecks Vereinheitlichung der Inspektion und der Prüfungen eine diesbezügliche Verordnung zu erlassen.

C. Erziehungsrat.

§ 72. Der Erziehungsrat besteht aus dem Erziehungsdirektor und sechs weiteren Mitgliedern, welche auf die Dauer von drei Jahren gewählt werden, und zwar durch den Regierungsrat zwei, durch den Landrat vier Mitglieder. Von den letztern sollen zwei, ein Primar- und ein Mittelschullehrer, der aktiven Lehrerschaft angehören; für beide hat diese Doppelvorschläge einzubringen.

Den Vorsitz führt der Erziehungsdirektor; die Schreibgeschäfte besorgt dessen Sekretär.

Der Schulinspektor hat den Sitzungen mit beratender Stimme beizuwohnen.

Die Mitglieder beziehen Taggelder von fünf Franken.

§ 73. Dem Erziehungsrate stehen folgende Befugnisse zu:

1. Ausarbeitung der allgemeinen und speziellen Lehrpläne;
2. Entscheide über Petitionen und Beschwerden, sowie über die Zulässigkeit der Nebenbeschäftigung der Lehrer und über deren Wohnsitz;
3. Vornahme der in § 70 vorgesehenen Wahlen;
4. Berichterstattung und Antragstellung: *a.* bei Aufstellung von Reglementen und Verordnungen, sowie Revision des Schulgesetzes; — *b.* bei Errichtung neuer Schulen; — *c.* bei Aufhebung bestehender Schulen; — *d.* bei Einführung, Beschaffung, Vergebung und Abgabe der Lehrmittel und Schulmaterialien; — *e.* bei Amtseinstellung und Abberufung strafbarer Lehrer (§ 64), sowie bei Versetzung von Lehrern in den Ruhestand (§ 75, lit. *b*).

D. Erziehungsdirektion und Regierungsrat.

§ 74. Das gesamte Schulwesen ist der Erziehungsdirektion unterstellt; die Oberaufsicht steht dem Regierungsrat zu.

Der letztere erläßt, § 71 vorbehalten, die nötigen Vorschriften über die Verrichtungen des Schulinspektors und der Prüfungsexperten, sowie über die Art und Weise der Prüfungen, des ferneren die Lehrpläne und die Vorschriften über die Ferien, die Schulordnung, die Entschädigung der Vikare und die Abgabe der Lehrmittel; er entscheidet über Rekurse gegen Beschlüsse des Erziehungsrates und Verfügungen der Erziehungsdirektion.

VIII. Bestreitung der Schulkosten.

§ 75. Von den durch dieses Gesetz vorgeschriebenen Ausgaben bestreitet der Staat direkt:

a. die Kosten der Inspektion, inbegriffen die Entschädigung der Experten und Expertinnen;

b. die Kosten der gedruckten, persönlichen Lehrmittel für sämtliche Schüler, sowie der Schulmaterialien für Bezirksschüler;

c. die Entschädigung der Lehrer an Fortbildungsschulen;

d. sämtliche Kosten der Bezirksschulen, vorbehalten § 79;

e. einen jährlichen Beitrag an die Alters-, Witwen- und Waisenkasse der Lehrerschaft, welcher jeweilen 50 % der von den Mitgliedern der Kasse bezahlten Prämie beträgt;

f. zwei Drittel der Gehaltszulagen an die Lehrerschaft (§ 55);

g. an den Ruhegehalt der Arbeitslehrerinnen,
per Lehrkraft . . . . . Fr. 50 bis 60

der Primarlehrer und -Lehrerinnen
per Lehrkraft. . . . . Fr. 400 bis 600
der Sekundarlehrer und -Lehrerinnen
per Lehrkraft. . . . . Fr. 500 bis 700
der Bezirkslehrer per Lehrkraft . . . . Fr. 1200 bis 1500

h. die Entschädigung der Vikare an Primar- und Sekundarschulen;

i. Beiträge an die Kosten für Ausbildung von Lehrern und Experten in außerkantonalen Kursen, zum Beispiel für den Turnunterricht, den Handfertigkeitsunterricht für Knaben, den hauswirtschaftlichen Unterricht für Mädchen;

k. die Kosten der Fortbildung der Lehrerschaft in kantonalen Kursen;

l. Beiträge zur Versorgung armer Schulkinder mit Nahrung und Kleidung, sowie für Spezialunterricht blinder, taubstummer, epileptischer, schwachsinniger und sittlich verwahrloster Kinder;

m. Beiträge an die Besoldung der Lehrkräfte an staatlich anerkannten Erziehungsanstalten, sowie an den Armenerziehungsverein;

n. Beiträge an öffentliche berufliche und hauswirtschaftliche Fortbildungsschulen beiderlei Geschlechts;

o. Beiträge an Kurse für Knabenhandarbeit.

§ 76. Die Bestreitung aller sonstigen Ausgaben für die Primar-, Fortbildungs- und Sekundarschulen, Bau und Unterhalt der Schulhäuser und ihrer Zubehörden, Anteil an den Besoldungszulagen usw. ist Sache der einzelnen Schulgemeinden. Diese haben ferner dem Staate die Auslagen für die von ihm gelieferten Schulmaterialien und allgemeinen Lehrmitteln zu vergüten.

Die Schulgemeinden erhalten an ihre Ausgaben vom Staate folgende Beiträge:

a. Jahresbeiträge an die Barbesoldung der Primarlehrer und der Primarlehrerinnen. Die Beiträge müssen mit Einrechnung derjenigen des Kirchen- und Schulgutes (§ 77, Absatz 2) für jeden Primarlehrer des reformierten Kantonsteils Fr. 900, für jede Primarlehrerin Fr. 800 betragen; von diesen Ansätzen kommen für die Lehrer und Lehrerinnen der birseckschen Gemeinden die Beiträge des Kirchen- und Schulgutes in Abzug;

b. Jahresbeiträge von Fr. 150 an die Besoldung jeder Arbeitslehrerin;

c. Jahresbeiträge an die Besoldung der Lehrerschaft an Sekundarschulen mit Fr. 2000 pro Lehrer und Fr. 1700 pro Lehrerin;

d. Beiträge bis auf den Betrag von Fr. 20,000 per Jahr mit Beschränkung auf diejenigen Gemeinden, welche durch die Schulausgaben, inbegriffen diejenigen für Schulhausbauten, beziehungsweise Verzinsung und Abzahlung von Schulhausbauschulden, unverhältnismäßig belastet sind.

§ 77. Der Beitrag des Bundes an die Kosten der Primarschule fällt in die Staatskasse und wird zur Auszahlung der Besoldungszulagen an die Primarlehrerschaft, an die Besoldungen der Inhaber von neu errichteten Primarlehrerstellen, sowie für Beiträge zur Versorgung armer Schulkinder mit Nahrung und Kleidung verwendet.

Das Kirchen- und Schulgut leistet an die Besoldung der Primarlehrer und -Lehrerinnen im reformierten Kantonsteil jährliche Beiträge. Die Höhe derselben wird auf dem Budgetwege festgesetzt.

§ 78. Die Bürgergemeinden des alten Kantonsteils stellen nach § 6 des Waldloskaufsgesetzes vom 18. August 1836 und § 129 des Gemeindegesetzes vom 14. März 1881 den Einwohnergemeinden unentgeltlich zur Verfügung:

a) für die Primarlehrer das durch § 54 *a* dieses Gesetzes vorgeschriebene Kompetenzholz;

b) das zur Beheizung der Primarschule erforderliche Material (Brennholz und Wellen, oder bei andersartiger Heizeinrichtung Kohlen oder dergleichen)

Die Kosten des Schlagens, Aufrüstens und Führens des Lehrerkompetenzholzes und des Schulheizholzes tragen die Einwohnergemeinden, sofern nicht die Bürgergemeinden hierfür aufkommen.

Wo die Kompetenzholzlieferung (lit. *a*) durch Barentschädigung ersetzt ist oder künftighin ersetzt wird, hat für letztere die Bürgergemeinde an die Einwohnergemeinde eine Vergütung von Fr. 100 per Lehrer zu leisten.

§ 79. Die Einwohnergemeinden, auf deren Gebiet eine Bezirksschule vom Staat unterhalten wird, haben als Ersatz für den Wegfall der bisherigen Verpflichtungen zur Beheizung und Reinigung dieser Schule eine jährliche durch den Landrat festzusetzende Vergütung zu entrichten; vergleiche auch § 40 Schlußsatz.

§ 80. Den Einwohnergemeinden wird in Abänderung von § 164 des Gemeindegesetzes vom 14. März 1884 gestattet, die Schulfonds zu verwenden zur Tilgung von Schulhausbauschulden oder zur Deckung der Kosten künftiger Schulhausbauten oder zur Erweiterung der bestehenden Schulhäuser.

Diese Ermächtigung bezieht sich nicht auf diejenigen Teile der Schulfonds, welche durch Schenkung oder Legat mit besonderer Zweckbestimmung ihnen zugewiesen sind, ebenso nicht auf die Spezialfonds für Schulzwecke.

Wo gemäß der Bestimmung in Absatz 1 die Schulfonds gänzlich aufgehoben werden, haben die ihnen durch staatliche Gesetze zugewiesenen Einnahmen und andere Zuwendungen für Schulzwecke künftighin in die Einwohnergemeindekassen zu fallen.

IX. Übergangs- und Schlussbestimmungen.

§ 81. Die zufolge der Vorschriften in den §§ 15, 32 und 41 notwendig werdenden Schultrennungen sollen bis spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vollzogen sein.

Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gelten sämtliche Lehrer und Lehrerinnen für eine neue Amtsperiode als wiedergewählt.

Den zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes angestellten Lehrern, welche das Schweizerbürgerrecht noch nicht besitzen, und verheirateten Lehrerinnen ist gestattet, noch eine Amtsperiode ihre Stelle beizubehalten.

Die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes definitiv angestellten Lehrer und Lehrerinnen haben von jenem Tage an Anspruch auf die ihrer Amtsdauer entsprechende Quote der Dienstalterszulage, wobei denselben allfällig auswärts an öffentlichen Schulen in definitiver Stellung zugebrachte Dienstjahre in Anrechnung gebracht werden.

Die neuen Ansätze für Ruhegehalte kommen auch auf diejenigen Lehrkräfte zur Anwendung, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vom Lehramt zurückgetreten sein werden.

§ 82. Der gemäß Gesetz betreffend Verwendung des Reingewinns der Kantonalbank (vom 28. September 1908) reservierte Fonds wird, soweit die ordentlichen Einnahmen des Jahres 1911 hierzu ausreichen, geäufnet, und zwar bis zum Betrage von Fr. 100,000. Der Fonds bleibt für Ruhegehalte der Lehrerschaft der Primar- und Sekundarschulen bestehen. Die jährlichen Zinserträgnisse aus demselben fallen den Gemeinden zu, die Ruhegehalte ausweisen. Die Zuschüsse werden nach der Zahl der Pensionsberechtigten gleichmäßig berechnet und ein allfälliger Zinsüberschuß wird jeweilen dem Fonds einverleibt.

§ 83. Durch dieses Gesetz werden alle mit demselben im Widerspruch stehenden Erlasse aufgehoben, insbesondere:

Gesetz über die Organisation des Schulwesens im Kanton Basellandschaft, vom 6. April 1835,

Geschäftsreglement für die Gemeindeschulpflegen des Kantons Basellandschaft, vom 3. Juni 1835,

Verordnung betreffend die Wählbarkeit an eine obere Gemeindeschullehrstelle, vom 4. Dezember 1835,

Verordnung über die Gültigkeit der an geprüfte Bewerber um Gemeindeschullehrerstellen erteilten Fähigkeitszeugnisse, vom 6. Januar 1836,

Abänderungen des § 30 des Gesetzes über die Organisation des Schulwesens im Kanton Basellandschaft, vom 6. April 1835, vom 7. März 1837,

Verordnung betreffend die Überwachung dsr schulpflichtigen Jugend durch die Schulpflege, vom 14. Februar 1853,

Gesetz betreffend die Dauer des Besuches der Alltagsschule, vom 11. Juni 1855,

Verordnung betreffend die Erteilung von Schulzeugnissen an Gemeindeschüler, vom 7. April 1858,

Verordnung über den Austritt der Lehrer aus ihren Amtsstellen, vom 4. Dezember 1858,

Gesetz betreffend das zum Eintritt in die Gemeindeschulen erforderliche Alter, vom 26. August 1861,

Landratsbeschluß betreffend Ausführung der Bestimmungen der Bundesverfassung über die Unentgeltlichkeit des öffentlichen Primarunterrichtes, vom 17. Februar 1879,

Lehrplan für die Primarschulen des Kantons Basellandschaft, vom 20. April 1887,

Reglement betreffend die Beschaffung der Lehrmittel und der Schulmaterialien, sowie die Abgabe derselben an die Schüler, vom 19. November 1892,

Regierungsratsbeschluß betreffend die gedruckten Lehrmittel für die Primarschulen, vom 24. Dezember 1892,

Reglement für die Patentprüfung der Primarlehrer und -Lehrerinnen, vom 31. Dezember 1886, abgeändert den 22. April 1893,

Gesetz betreffend die Schulversäumnisse, vom 15. März 1897,

Verordnung betreffend die Ferien an den Primarschulen des Kantons, vom 15. März 1897,

Gesetz über Errichtung von Arbeitsschulen für Mädchen, vom 8. Dezember 1840,

Lehrplan für Arbeitsschulen des Kantons Basellandschaft, vom 15. Mai 1897,

Gesetz betreffend das Fortbildungsschulwesen, vom 2. Oktober 1882,

Verordnung betreffend die Organisation der Fortbildungsschulen, vom 11. September 1902,

Vorschriften für die Prüfung von Lehrern und Lehrerinnen an Sekundarschulen, vom 2. Februar 1895,

Lehrplan für die Mädchensekundarschulen des Kantons Basellandschaft, vom 4. April 1896,

Lehrplan für Gemischte Sekundarschulen des Kantons Basellandschaft, vom 10. Februar 1900,

Gesetz betreffend Errichtung von Bezirksschulen, vom 16. November 1835,

Reglement über Schulordnung in den Bezirksschulen, vom 24. Mai 1837,

Verordnung betreffend Entschädigung der vom Schulorte entfernt wohnenden Bezirksschüler, vom 28. Juni 1837,

Verzeichnis derjenigen Wohnplätze, welche über eine Stunde von den nächstgelegenen Bezirksschulen entfernt sind, vom 4. Oktober 1837,

Verordnung betreffend die Verpflichtung der Bezirksschüler zum Besuch wenigstens zweier Jahreskurse, vom 24. August 1843,

Verordnung über Lehrerkonferenzen an den Bezirksschulen, vom 11. Oktober 1844,

Gesetz betreffend die Einführung einer besondern Zeichnenlehrstelle für die Bezirksschulen, vom 2. Februar 1846,

Landratsbeschluß betreffend die Bauholzlieferung zu den Bezirksschulgebäuden, vom 21. März 1853,

Gesetz über Aufstellung von Bezirksschulpflegen, vom 13. Dezember 1858,

Reglement für die Bezirksschulpflegen, vom 4. Oktober 1884,
Lehrplan für den Unterricht an den basellandschaftlichen Bezirksschulen, vom 26. März 1902,
Regierungsratsbeschluß betreffend Pausen und Ferien an den Bezirksschulen, vom 25. Oktober 1890,
Vorschriften für die Prüfung von Bezirkslehrern, vom 2. November 1883,
Verordnung betreffend das Turnen, vom 7. April 1875,
Gesetz betreffend die Organisation des Schulinspektorats, vom 12. Januar 1885,
Reglement für den Schulinspektor des Kantons Basellandschaft, vom 30. Dezember 1885,
Regierungsratsbeschluß betreffend die Entschädigung der Vikare von Lehrern und Lehrerinnen, vom 13. Oktober 1909,
Gesetz über Erteilung des Religionsunterrichts in den Gemeindeschulen, vom 17. Juli 1839,
§ 53 Schlußsatz des Gesetzes betreffend die Organisation und Verwaltung der Gemeinden, vom 14. März 1881,
§ 52 der Übergangsbestimmungen zur Verfassung vom 4. April 1892.

§ 84. Dieses Gesetz ist der Volksabstimmung zu unterstellen. Den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmt der Landrat.

---

2. 2. Loi concernant l'enseignement destiné aux enfants arriérés dans le canton de Vaud. (Du 18 mai 1911.)

Le Grand Conseil du canton de Vaud, vu le projet de loi présenté par le Conseil d'Etat, vu l'art. 2, § 3, de la loi sur l'instruction publique primaire, du 15 mai 1906, ainsi conçu:

„L'instruction des enfants arriérés, aveugles ou sourdsmuets fera l'objet de mesures spéciales."

Décrète:

Art. 1er. Il est créé, dans les centres urbains et les localités où le besoin s'en fait sentir, des classes spéciales pour les enfants atteints d'arriération mentale, qui, tout en étant susceptibles de développement, sont cependant dans l'impossibilité, même temporaire, de suivre avec fruit l'enseignement ordinaire.

Art. 2. Dans les localités où le besoin d'une classe spéciale permanente n'existe pas, l'instruction des enfants arriérés est confiée aux maîtres ordinaires.

Art. 3. La demande d'admission à l'enseignement spécial doit être adressée au Département de l'instruction publique par les parents, ou à leur défaut, par la commission scolaire.

Art. 5. Le Département de l'instruction publique statue, sur le préavis d'une commission composée de l'inspecteur de l'enseignement primaire, du maître enseignant et du médecin des écoles ou du médecin-délégué, dans les communes qui ne sont pas dotées d'un médecin des écoles.

Un représentant de la famille est invité à assister à l'examen de l'enfant.

Art. 5. La classe spéciale ne doit pas réunir plus de vingt élèves.

Art. 6. Un programme spécial d'enseignement pour les classes arriérés sera élaboré. Il doit tendre à permettre aux élèves de rentrer, si possible, dans les classes ordinaires.

Art. 7. L'enseignement dans les classes spéciales est confié à des instituteurs ou à des institutrices qui ont fait preuve d'aptitude pour cet enseignement, et après un stage d'instruction dans des institutions pour enfants faibles d'esprit, ou après avoir participé à des cours normaux.

Art. 8. Les commissions scolaires surveillent les progrès de l'enfant et renseignent le Département de l'instruction publique, qui décide de son admission dans les classes ordinaires, dès que son développement le permet.

Art. 9. Les maîtres chargés de la direction d'une classe spéciale reçoivent un supplément de traitement de fr. 300. Dans les autres cas, la rétribution des maîtres est fixée par le Département de l'instruction publique, après entente avec l'autorité communale.

Art. 10. L'enseignement spécial est contrôlé par le service de surveillance attaché au Département de l'instruction publique et prévu par l'art. 27 de la loi sur l'instruction publique primaire.

Art. 11. Le Conseil d'Etat peut accorder des subsides aux communes qui sont dans l'obligation d'organiser cet enseignement spécial.

Art. 12. Un règlement, arrêté par le Conseil d'Etat, déterminera tout ce qui concerne l'application de la présente loi.

---

3. 3. Loi modifiant les Titres I (chapitres I et 2) et II (chapitres I, 2, 3, 4, 5 et 6) de la Loi sur l'Instruction publique du 5 juin 1886 (Instruction primaire) du Canton de Genève. (Du 30 septembre 1911.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que: Le Grand Conseil, sur la proposition du Conseil d'Etat,

décrète ce qui suit:

Les titres I (chapitres 1 et 2) et II (chapitres 1, 2, 3, 4, 5 et 6) de la loi sur l'Instruction publique du 5 juin 1886 sont modifiés comme suit:

Titre premier. — Dispositions générales.

Chapitre premier. — *Autorités scolaires.*

Art. 1er. L'administration, la direction et la surveillance générale de l'Instruction publique appartiennent au Conseil d'Etat et, sous la surveillance de ce corps, au Département de l'Instruction publique.

Art. 2. Il est institué une Commission scolaire cantonale chargée de donner son préavis sur toutes les questions générales relatives à l'instruction publique, notamment sur les règlements, les programmes, les manuels, les méthodes d'enseignement, le mode et le champ des examens, les chaires et places à créer ou à supprimer.

Ce préavis n'est obligatoire ni pour le Conseil d'Etat, ni pour le Département.

Art. 3. La Commission scolaire cantonale se compose de 42 membres; 24 membres, dont un tiers au moins pris en dehors des fonctionnaires de l'Instruction publique, sont nommés par le Conseil d'Etat, sur la proposition du Département de l'Instruction publique;

13 membres sont nommés par les fonctionnaires des différents établissements d'instruction publique, savoir: un par les fonctionnaires des écoles enfantines; — deux par les fonctionnaires des écoles primaires; — un par les fonctionnaires de la classe complémentaire; — un par les fonctionnaires des écoles secondaires rurales; — un par les fonctionnaires de l'école professionnelle de garçons; — un par les fonctionnaires des écoles professionnelles et ménagères de jeunes filles; — deux par les fonctionnaires de l'école secondaire et supérieure des jeunes filles: — deux par les fonctionnaires du Collège; — deux par le Sénat de l'Université.

Le directeur de l'enseignement primaire ou, à son défaut, un inspecteur désigné par le Département, le directeur de l'enseignement professionnel, le directeur de l'école secondaire et supérieure des jeunes filles, le directeur du Collège et le recteur de l'Université font partie de droit de la Commission, avec voix délibérative.

Art. 4. Un règlement détermine le mode de nomination et le fonctionnement de la Commission scolaire.

Art. 5. La Commission scolaire est nommée à l'entrée en charge du Conseil d'Etat et pour la durée des fonctions de ce corps. Ses membres sont rééligibles.

Art. 6. Le Conseiller d'Etat chargé du Département de l'Instruction publique préside la Commission. Il la convoque toutes les fois que cela est nécessaire et lorsque dix de ses membres lui en font la demande par écrit.

Art. 7. Les députés au Grand Conseil et les membres de la Commission scolaire peuvent en tout temps visiter les établissements d'instruction publique.

Les membres des Conseils municipaux ont le même droit en ce qui concerne les écoles de leur commune.

Chapitre II. — Instruction obligatoire.

Art. 8. Tous les enfants habitant le canton de Genève doivent recevoir, dans les écoles publiques ou privées, ou à domicile, une instruction suffisante.

Cette instruction comprend, au minimum, la lecture, l'écriture, le dessin, le français, l'arithmétique et la comptabilité élémentaire, des notions générales de géographie et d'histoire, l'histoire et la géographie nationales, les éléments des sciences physiques et naturelles, le chant, la gymnastique et, de plus, pour les garçons, l'instruction civique, et, pour les filles, les travaux à l'aiguille.

Art. 9. La scolarité obligatoire s'étend: pour les enfants de l'agglomération urbaine, sur les années d'âge correspondant à l'école primaire et à la classe complémentaire, soit de 6 à 14 ans révolus; pour les enfants des communes rurales, avec la réserve indiquée à l'article 39, sur les années correspondant à l'école primaire et aux écoles secondaires rurales (écoles de demi-temps), soit de 6 à 15 ans révolus.

En outre, les apprentis et apprenties du commerce et de l'industrie et les jeunes gens qui sont au service d'autrui ou de leurs parents sans apprendre un métier déterminé sont astreints à suivre, de 14 à 16 ans révolus, les cours professionnels commerciaux et industriels, s'ils ne reçoivent pas d'une autre manière une instruction reconnue équivalente par le Département de l'Instruction publique. Toutefois, les apprentis qui justifient, par un examen, qu'ils possèdent les connaissances générales et spéciales nécessaires à leur profession, peuvent être dispensés de tout ou partie de ces cours.

Art. 10. Chaque année, il est établi dans chaque commune, par les soins du Bureau de recensement, un rôle des enfants soumis à l'instruction obligatoire.

Ce rôle indique si les enfants reçoivent cette instruction dans les écoles de l'Etat, dans les écoles privées ou à domicile.

Il est communiqué au Département de l'Instruction publique et aux autorités municipales.

Art. 11. Les parents, les tuteurs ou, à leur défaut, les personnes chez lesquelles demeurent les enfants, sont tenus, s'ils en sont requis par l'autorité compétente, de justifier que les dits enfants reçoivent l'instruction fixée aux articles 8 et 9.

Ceux qui ne se conformeraient pas aux dispositions de ces articles seront, après avertissement préalable, passibles d'une amende de 2 à 5 francs infligée par le Département de l'Instruction publique et payable dans un délai de huit jours.

En cas de non paiement de l'amende et en cas de récidive, les contrevenants seront traduits devant le Tribunal de police et passibles d'une amende de 10 à 50 francs. Le non paiement de cette dernière amende, après le jugement définitif, entraînera les arrêts de police à raison d'un jour d'arrêt pour fr. 5 d'amende.

En cas de seconde récidive, le Tribunal prononcera des arrêts de police, et s'il s'agit de parents étrangers à la Suisse, le Conseil d'Etat peut ordonner l'expulsion du canton.

Art. 12. Les personnes qui occupent des enfants âgés de moins de 16 ans révolus ne peuvent s'opposer à ce qu'ils reçoivent régulièrement l'instruction obligatoire. Les contrevenants à cette disposition sont punis de peines de police.

Titre II. — Enseignement primaire.

Chapitre premier. — *Division de l'Enseignement primaire.*

Art. 25. L'enseignement primaire se donne: dans les écoles enfantines; — dans les écoles primaires; — dans la classe complémentaire.

L'instruction est gratuite dans toutes ces écoles.

Chapitre II. — *Ecoles enfantines.*

Art. 26. Les écoles enfantines sont organisées de manière à favoriser le développement corporel et intellectuel de l'enfant et à servir de préparation à l'école primaire. Elles comprennent une division inféreure destinée aux enfants de 3 à 6 ans et une division supérieure pour les enfants de 6 à 7 ans.

Art. 27. Dans les deux divisions, l'enseignement consiste surtout en leçons de choses, occupation manuelles, jeux et chants, causeries morales.

En outre, dans la division supérieure, le programme comporte l'enseignement de la lecture, de l'écriture, les éléments du calcul et du dessin.

Art. 28. Le nombre des élèves d'une classe ne doit pas, dans la règle et d'une manière permanente, dépasser le chiffre de quarante.

Art. 29. L'année scolaire est de 42 à 46 semaines d'études, avec 25 à 35 heures par semaine.

Chapitre III. — *Ecoles primaires.*

Art. 30. L'école primaire fait suite à l'école enfantine. Elle reçoit les enfants depuis l'âge de 7 ans.

Art. 31. L'école primaire comprend six degrès ou années d'études. Ces six degrés peuvent former une ou plusieurs classes distinctes.

Art. 32. Le nombre des élèves d'une classe ne doit pas, dans la règle et d'une manière permanente, dépasser le chiffre de quarante pour les classes de un à trois degrés, et de trente pour les classes de quatre à six degrés.

Art. 33. Le programme détaillé de l'enseignement est déterminé par le Département de l'Instruction publique. Il comprend: la lecture et l'écriture; — le français; — les éléments de la langue allemande; — l'arithmétique, le calcul mental; — les notions élémentaires de géométrie, le dessin et le travail constructif; — la géographie, l'histoire nationale (histoire de Genève et histoire suisse) et l'instruction civique; — des leçons de choses et des notions élémentaires d'histoire naturelle; — des causeries morales; — des notions d'hygiène; — la gymnastique, le chant; — pour les filles, les ouvrages à l'aiguille.

Art. 34. L'année scolaire est de 42 à 46 semaines d'études, avec 25 à 35 heures par semaine. Dans ce nombre peuvent être comprises, pour la 1re et la 2me année, des heures de jeux, sous la direction des maîtres ou maîtresses de classe.

Art. 35. Dans chaque degré, les élèves sont appelés à subir des examens au moins deux fois par an, et la promotion annuelle d'un degré dans un autre dépend, pour chacun d'eux, du résultat combiné des examens et du travail de l'année.

Exceptionnellement, les élèves qui ont dépassé l'âge moyen de leur degré peuvent être promus, après un semestre, dans le degré immédiatement supérieur, s'ils ont montré, par leur travail et leurs aptitudes, qu'ils sont capables de suivre l'enseignement donné dans ce degré.

Art. 36. Les élèves qui se sont distingués par leur travail et leur conduite reçoivent, à la fin de l'année, des prix qui sont délivrés en séance publique.

Un règlement détermine les conditions dans lesquelles ces prix sont accordés.

Art. 37. Il peut être créé des classes spéciales pour les élèves anormaux ou retardés et pour ceux dont l'indiscipline entraverait la marche de l'enseignement. Un règlement détermine l'organisation de ces classes.

Art. 38. Le Département de l'Instruction publique édictera un règlemensur la discipline dans l'école et en dehors de l'école.

Chapitre VI. — Classe complémentaire.

Art. 39. La classe complémentaire est destinée aux enfants qui ne comptent pas poursuivre leurs études dans un établissement secondaire. Elle comporte une année d'études et fait suite au 6me degré de l'école primaire. Elle est instituée dans les communes de l'agglomération urbaine, y compris Lancy, Chêne-Bougeries et Chêne-Bourg.

Le Conseil d'Etat pourra autoriser par arrêté le remplacement d'une Ecole secondaire rurale par la classe complémentaire lorsque, par délibération des Conseils municipaux, la majorité des communes d'un groupe d'Ecole secondaire lui en adressera la demande. L'arrêté devra indiquer si la classe complémentaire sera instituée pour l'ensemble des communes du groupe au siège de l'Ecole secondaire rurale qu'elle devra remplacer, ou si dans chacune de ces communes les élèves de 13 à 14 ans recevront l'enseignement complémentaire à l'école primaire.

Art. 40. La classe complémentaire est obligatoire pour tous les enfants de 13 à 14 ans révolus qui ne reçoivent pas, d'une autre manière, une instruction reconnue équivalente par le Département.

Art. 41. Le programme de la classe complémentaire complète et développe celui de l'école primaire. Il comprend, en outre, la comptabilité élémentaire, les éléments des sciences physiques et naturelles, des récits d'histoire générale et, pour les garçons, des entretiens sur les institutions du pays; ponr les jeunes filles, l'économie domestique.

Dans les communes situées en dehors de l'agglomération urbaine, le programme pourra comporter en outre un enseignement agricole.

Art. 42. L'année scolaire est de 42 à 46 semaines, avec 25 à 35 heures de leçons par semaine.

Art. 43. Le nombre des élèves d'une classe ne doit pas, dans la règle e d'une manière permanente, dépasser le chiffre de quarante.

Art. 44. Les élèves de la classe complémentaire subissent des examens au moins deux fois par an. Ceux qui se sont distingués par leur travail et leur conduite reçoivent, à la fin de l'année, des prix et des certificats qui sont délivrés en séance publique. Le règlement détermine les conditions dans lesquelles ces prix et certificats sont accordés.

Chapitre V. — Classes gardiennes et Cuisines scolaires.

Art. 45. Le Conseil d'Etat ouvre, d'accord avec les autorités municipales, des classes gardiennes pour les élèves des écoles primaires et de la classe complémentaire, dans les communes où l'utilité en a été reconnue.

Art. 46. Les classes gardiennes sont destinées à recevoir, en dehors des heures affectées par le règlement aux leçons du matin et de l'après-midi, les élèves dont les parents sont retenus pendant la journée hors de leur domicile par leurs occupations quotidiennes, et, en général, ceux qui demeurent privés de surveillance.

Art. 47. La fréquentation des classes gardiennes est obligatoire pour les enfants âgés de moins de 14 ans qui sont désignés au Département de l'Instruction publique par les communes, par la Commission centrale de l'Enfance abandonnée ou par leurs parents.

Les dispositions pénales concernant l'instruction obligatoire, prévues aux articles 11 et 12 de la présente loi, leur sont applicables en cas d'infraction.

Art. 48. L'Etat contribue au fonctionnement des cuisines scolaires par le versement de subsides annuels, en proportion du nombre des enfants indigents soumis à la scolarité obligatoire. Dans la règle, l'organisation des classes gardiennes est combinée avec celle des cuisines scolaires.

Art. 49. Le traitement des maîtres et des maîtresses chargés de la direction des classes gardiennes est fixé par le Conseil d'Etat, l'approbation du Grand Conseil par voie budgétaire étant réservée.

Art. 50. Le règlement détermine l'organisation et le programme des classes gardiennes, ainsi que les conditions du fonctionnement des cuisines scolaires.

Chapitre VI. — Fonctionnaires de l'enseignement primaire.

§ 1. — *Direction de l'enseignement primaire.*

Art. 51. La direction générale des écoles enfantines, des écoles primaires et de la classe complémentaire est confiée à un directeur chargé de veiller à l'exécution des programmes et des règlements et d'assurer le progrès des méthodes et de l'enseignement.

Il est assisté dans sa tâche par des inspecteurs et des inspectrices chargés plus spécialement de la surveillance des écoles, au point de vue pédagogique. Il y a, en outre, une inspectrice de travaux manuels de jeunes filles.

Le Département peut faire procéder à des inspections spéciales temporaires pour l'enseignement de certaines branches.

Art. 52. Le Directeur de l'Enseignement primaire, les Inspecteurs et les Inspectrices sont réunis en conférence, au moins une fois par mois, sous la présidence du Conseiller d'Etat chargé du Département de l'Instruction publique.

§ 2. — *Corps enseignant.*

Art. 53. L'enseignement est donné: dans les écoles enfantines par des maîtresses et des sous-maîtresses; — dans les écoles primaires par des régents et des régentes, des sous-régents et des sous-régentes; — dans la classe complémentaire, pas des maîtres et des maîtresses.

Toutefois, l'enseignement de certaines branches peut être confié à des maîtresses et maîtres spéciaux.

Le Conseil d'Etat a toujours le droit de permuter, sans indemnité, un régent d'une commune dans une autre, après avoir pris l'avis des communes intéressées.

Art. 54. Dans les villes de Genève et de Carouge et dans les communes suburbaines, ainsi que dans toutes les communes où le Département de l'Instruction publique le jugera nécessaire, chaque école comptant au moins cinq classes, est placée sous la surveillance plus immédiate d'un des régents ou d'une des régentes, qui prend le titre de régent principal ou de régente principale.

Les régents principaux sont nommés par le Département de l'Instruction publique pour une période de quatre ans; ils reçoivent pour ces fonctions une indemnité proportionnée à l'importance de l'école placée sous leur surveillance.

Art. 55. Les fonctionnaires de l'enseignement primaire sont réunis périodiquement en conférence. Leur présence est obligatoire.

§ 3. — *Candidats à l'enseignement primaire.*

Art. 56. Toute personne postulant des fonctions de maîtresse ou de sous-maîtresse dans les écoles enfantines du canton de Genève, est astreinte à faire un stage dans les dites écoles.

Les candidates admises au stage sont désignées à la suite d'un concours dont le règlement fixe les conditions.

Sont seules admises à se présenter au concours, les personnes munies du certificat de promotion de 2me en 1re classe de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles ou qui ont subi avec succès un examen permettant de constater

qu'elles possèdent les connaissances indiquées au programme de cette école jusqu'à la 2me classe inclusivement.

Art. 57. Tout candidat aux fonctions de régent, de régente, de sous-régent ou de sous-régente, doit avoir fait preuve d'aptitudes pédagogiques par un stage dans les écoles primaires publiques du canton de Genève.

Chaque année, le Département fixe le nombre des stagiaires et les désigne à la suite d'une inscription, dont la durée est de deux semaines au moins, et d'un concours entre les candidats inscrits.

Sont seuls admis à s'inscrire les porteurs du diplôme de maturité de la Section pédagogique du Collège de Genève ou du diplôme de capacité de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles. Toutefois, le Département peut accepter, au lieu des diplômes indiqués ci-dessus, des titres jugés par lui équivalents.

Les conditions du concours, l'organisation du stage et des cours spéciaux de perfectionnement pour les candidats admis, sont déterminées par un règlement

Le Conseil d'Etat fixe l'indemnité accordée aux stagiaires.

Au cours du stage, le Département a la faculté d'imposer aux candidats, en les défrayant de leurs dépenses de voyage et de pension, un séjour d'études de six mois dans la Suisse allemande.

Le Département se réserve le choix des candidats qui seraient appelés à faire ce séjour dans la Suisse allemande et chaque année, le Conseil d'Etat en fixe le nombre.

§ 4. — *Mode de nomination.*

Art. 58. Les fonctionnaires de l'enseignement primaire sont nommés par le Conseil d'Etat.

Toute nomination est faite à titre d'épreuve et pour un terme qui ne peut être prolongé.

Art. 59. Pour les nominations de maîtresses et de sous-maîtresses des écoles enfantines, le Conseil administratif pour la Ville de Genève, le Conseil municipal pour les autres communes, sont appelés à présenter un préavis au Conseil d'Etat, par l'intermédiaire du Département de l'Instruction publique.

Art. 60. Lorsqu'une sous-maîtresse d'école enfantine a passé cinq ans dans ces fonctions, sa promotion au poste de maîtresse s'effectue de plein droit.

Art. 61. Les fonctionnaires des écoles enfantines peuvent être appelées chaque année à suivre des cours spéciaux. Dans ce dernier cas, il leur est alloué une indemnité de déplacement de 1 à 3 francs par jour. Cette indemnité n'est pas accordée aux fonctionnaires habitant Genève, Carouge, Plainpalais, les Eaux-Vives, Petit-Saconnex.

Art. 62. Lorsqu'une place est vacante dans les écoles primaires et dans la classe complémentaire, une inscription est ouverte au Département de l'Instruction publique. La durée de cette inscription est de deux semaines au moins.

Art. 63. Quand l'inscription est close, le Département nomme une Commission d'enquête, composée de sept membres, qui adresse au Département un rapport sur les titres des candidats.

Ce rapport est soumis au Conseil d'Etat.

La Commission d'enquête comprend le directeur de l'enseignement primaire ou l'un des inspecteurs et, en outre:

a. Lorsqu'il s'agit d'un sous-régent ou d'une sous-régente, le directeur du Collège ou celui de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles;

b. lorsqu'il s'agit d'une maîtresse de couture, d'un régent, d'une régente, d'un maître ou d'une maîtresse de la classe complémentaire, deux représentants de la commune où a lieu la vacance, désignés par le Conseil administratif pour la Ville de Genève et le Conseil municipal pour les autres communes. L'un des 4 membres désignés par le Département devra être choisi dans la commune intéressée.

Art. 64. Si, à la suite de ce rapport, le Conseil d'Etat décide qu'avant de procéder à la nomination il y a lieu de soumettre les candidats à un examen, le Département nomme un jury.

Cet examen peut comprendre aussi une tenue de classe.

Le Conseil d'Etat statue ensuite sur le rapport du jury.

Art. 65. Les régents et régentes sont choisis, à mérite égal, parmi les sous-régents et sous-régentes.

Art. 66. En tout cas, les sous-régents et sous-régentes qui ont passé cinq ans dans ces fonctions, sont promus de plein droit régents et régentes.

Art. 67. Les maîtres et maîtresses de la classe complémentaire sont choisis parmi les régents et régentes des écoles primaires.

§ 5. — *Traitements.*

Art. 68. Le traitement des maîtresses des écoles enfantines ne peut être inférieur à 1200 francs et celui des sous-maîtresses à 1000 francs.

Dès leur nomination définitive, les maîtresses reçoivent une augmentation annuelle de 80 francs pendant dix ans, les sous-maîtresses une augmentation annuelle de 50 francs jusqu'au moment de leur nomination comme maîtresses.

Les maîtresses et sous-maîtresses sont tenues de faire partie de la Caisse de prévoyance des fonctionnaires des écoles enfantines, instituée par les lois des 26 octobre 1895, 12 mai 1897 et 9 mars 1898.

Art. 69. Pour les régents et régentes, sous-régents et sous-régentes, les traitements se divisent en trois catégories, suivant le rayon.

Première catégorie: Genève, Carouge, Eaux-Vives, Petit-Saconnex, Plainpalais.

Deuxième catégorie: Bellevue, Bernex, Chêne-Bougeries, Chêne-Bourg, Collonge-Bellerive, Cologny, Confignon, Genthod, Lancy, Onex, Plan-les-Ouates, Pregny, Grand-Saconnex, Thônex, Troinex, Vandœuvres, Vernier, Versoix, Veyrier.

Troisième catégorie: Aire-la-Ville, Anières, Avully, Avusy, Bardonnex, Cartigny, Céligny, Chancy, Choulex, Collex-Bossy, Corsier, Dardagny, Gy, Hermance, Jussy, Laconnex, Meinier, Meyrin, Perly-Certoux, Presinge, Russin, Satigny, Soral.

Les traitements sont fixés comme suit:

Première catégorie:

Régents	fr. 2500	Régentes	fr. 2150
Sous-régents . . .	„ 1800	Sous-régentes . . .	„ 1320

Deuxième catégorie:

Régents	fr. 2700	Régentes	fr. 2250
Sous-régents . . .	„ 1900	Sous-régentes . . .	„ 1520

Troisième catégorie:

Régents	fr. 2900	Régentes	fr. 2450
Sous-régents . . .	„ 2100	Sous-régentes . . .	„ 1720

Les sous-régents et sous-régentes ne reçoivent les traitements des deuxième et troisième catégories que lorsqu'ils occupent, dans une commune, des fonctions d'une certaine durée. Ils peuvent, néanmoins, toujours être changés de poste par le Département.

La différence entre les traitements des deuxième et troisième catégories et ceux de la première est à la charge de l'Etat.

Art. 70. Les fonctionnaires de l'enseignement primaire, à partir des sous-régents et des sous-régentes, reçoivent, dès leur nomination définitive, en sus de leur traitement, des augmentations annuelles et successives.

Ces augmentations sont: pour les régents et les régentes, de fr. 125 par an pendant 10 ans; — pour les sous-régents et les sous-régentes, de fr. 100 par an, jusqu'à leur nomination de régent ou de régente.

Art. 71. Les sous-régentes appelées à diriger des classes de garçons ou des classes mixtes, reçoivent, pendant ce temps, un supplément de traitement calculé à raison de fr. 180 par année.

Art. 72. Les régents et les régentes chargés de diriger une classe dite spéciale ont droit à un supplément de traitement de fr. 400 par an.

Art. 73. Les maîtres de la classe complémentaire, reçoivent un traitement de fr. 4000 par année et les maîtresses, un traitement de fr. 3600.

Le Conseil d'Etat fixe le traitement des personnes chargées d'un enseignement spécial.

Dans les communes des 2me et 3me catégories où les élèves de 13 à 14 ans recevront l'enseignement complémentaire à l'école primaire, il sera alloué aux fonctionnaires pour cet enseignement une indemnité annuelle de fr. 100.

Art. 74. Les régents et régentes de la seconde et de la troisième catégorie doivent habiter la commune où est située l'école qu'ils dirigent.

Si la commune est propriétaire d'un logement reconnu suffisant par le Département, le fonctionnaire est tenu de l'accepter à un prix de location fixé d'accord ou en cas de discussion par trois experts nommés l'un par le fonctionnaire, l'autre par la commune et le troisième par les deux premiers.

Si le fonctionnaire se trouve dans l'impossibilité de se procurer un logement suffisant dans la commune, le Département peut l'autoriser à habiter une autre localité.

Art. 75. Les fonctionnaires de l'enseignement primaire ne peuvent remplir les fonctions de secrétaire de commune, ni exercer une industrie ou un commerce quelconque, sans l'autorisation du Conseil d'Etat.

Art. 76. Le traitement du directeur est de fr. 6000 à 7000. Le traitement des inspecteurs est de fr. 4500. Le traitement des inspectrices est de fr. 4100.

Les indemnités de déplacements allouées à ces fonctionnaires sont fixées par le budget.

Ces traitements ainsi que les indemnités de déplacement sont entièrement à la charge de l'Etat.

Art. 77. Les sous-régents et sous-régentes, les régents et régentes, les maîtres et maîtresses de la classe complémentaire sont tenus de faire partie de la Caisse de prévoyance des fonctionnaires de l'enseignement primaire, dont l'organisation est régie par une loi spéciale.

Chapitre VI. — Rôle et charges des communes.

Art. 78. Chaque commune doit avoir au moins une école enfantine et une école primaire. Toutefois, dans certaines circonstances spéciales, le Conseil d'Etat peut, par une décision toujours révocable, autoriser deux communes à s'associer pour la création d'une école ou d'une succursale.

Art. 79. Les communes doivent fournir et entretenir en bon état les bâtiments et le mobilier nécessaires à l'enseignement primaire et complémentaire. Dans ce but, et, suivant les cas, une allocation peut leur être accordée.

L'Autorité municipale détermine les emplacements des écoles, d'accord avec le Département.

Art. 80. Dans les communes mentionnées à l'article 69, comme appartenant au rayon des deuxième et troisième catégories, il doit exister dans les bâtiments scolaires un appartement destiné au régent.

Art. 81. Les soins de propreté, le chauffage et l'éclairage des bâtiments scolaires sont à la charge des communes où se trouvent ces bâtiments.

Les livres, le matériel et les fournitures pour l'enseignement sont à la charge de l'Etat.

Art. 82. Les salles d'école ne peuvent être affectées à d'autres usages qu'à ceux de l'enseignement, sauf autorisation du Département donnée sur le préavis de l'Autorité municipale.

L'Autorité municipale peut néanmoins, lorsqu'elle le juge opportun, utiliser les bâtiments scolaires pour la création de classes gardiennes et de cuisines scolaires.

Art. 83. Indépendamment des prestations stipulées aux articles 78, 79, 80 et 81, les communes participent pour un quart au traitement des fonctionnaires des écoles enfantines, des classes gardiennes et des maîtresses de couture ainsi qu'au traitement des fonctionnaires des écoles primaires et de la classe complémentaire.

La participation des communes au traitement des fonctionnaires des écoles enfantines, des classes gardiennes ainsi que des maîtresses de couture sera toutefois réduite au cinquième du traitement pour les communes des deuxième et troisième catégories ayant deux francs ou plus de centimes additionnels.

Art. 84. Le Conseil administratif, pour la Ville de Genève, les maires et les adjoints pour les autres communes, sont tenus de prêter leurs concours au Département de l'Instruction publique:

1° en veillant à ce que les enfants astreints à l'enseignement obligatoire suivent régulièrement l'école à laquelle ils sont inscrits et en signalant ceux qui ne reçoivent aucune instruction;

2° en s'assurant que les prescriptions contenues dans la loi et les règlements sont mises à exécution, notamment en ce qui concerne la régularité des heures de classe, les motifs des absences trop fréquentes, l'état sanitaire des enfants, l'ordre et la bonne tenue des classes, l'état moral et la propreté des élèves, ainsi que la discipline extérieure.

Dans la ville de Genève et dans les communes de Carouge, Plainpalais, Eaux-Vives et Petit-Saconnex, cette surveillance s'exerce, concurremment avec le Conseil administratif ou les maires et les adjoints, par une délégation du Conseil municipal, nommée chaque année par ce corps. Dans toutes les autres communes, cette surveillance peut aussi s'exercer par une Commission choisie dans le sein du Conseil municipal.

L'Autorité municipale est tenue de signaler au Département toutes les infractions d'une certaine gravité aux lois et règlements.

Dispositions transitoires.

Tous les fonctionnaires recevront l'augmentation du traitement initial prévue aux articles 68 et 69, à partir du 1er janvier 1912. Ils auront droit, dès l'année suivante, aux nouvelles augmentations annuelles jusqu'à ce qu'ils aient atteint le maximum de leur traitement.

Un délai de 3 ans est accordé au Conseil d'Etat pour l'exécution des autres dispositions nouvelles prévues par la présente loi.

Clause abrogatoire.

Sont abrogés au fur et à mesure de la mise en vigueur des dispositions qui précèdent, les Titres I (chapitres 1 et 2) et II (chapitres 1, 2, 3. 4, 5 et 6) de la loi du 5 juin 1886, modifiée les 18 janvier 1888, 3 août 1889, 26 octobre 1895, 23 septembre 1899, 21 février 1900, 27 mai 1903, 30 mai 1903, 1er juillet 1903, 27 février 1909.

Le Conseil d'Etat est chargé de faire promulguer les présentes dans la forme et le terme prescrits.